

Grundstein

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN BAUGEWERKSBUDES

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, und Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glaserien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, für Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzo-Arbeiter

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernsprecher: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckkonto: Berlin Nummer 65232 • Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis je Monat 1,- Mark (ohne Bestellgeld) • Bestellungen nur durch die Post • Redaktionsschluss Montag früh • Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A-G, Depositenkasse Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Deutscher Bauwerksbund, Zentrale • Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 48

NUMMER 8

BERLIN DEN 25. FEBRUAR 1933

46. JAHRGANG

Zwei Programme

Aufruf der Volksbeauftragten 12. November 1918

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst (Arbeitsdienstplicht) wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Als unmittelbar bevorstehend wurden ferner angekündigt:
Allgemeines Männer- und Frauenwahlrecht zu allen Vertretungskörpern; Achtstundentag; Erwerbslosenunterstützung; Ausdehnung der Krankenversicherung.

Kollegen vom Bau!

Hier seht ihr zwei Programme; das erste stammt von Männern der Tat, von den „marxistischen Novemberverbrechern“. Das zweite verkündete Adolf Hitler im Berliner Sportpalast. Die „Novemberverbrecher“ sagten kurz und bündig, was sie tun wollten, sie führten es auch aus. Bei Hitler dagegen finden wir ganz unbestimmte Wendungen. Nirgends sehen wir einen Hinweis auf scharf umrissene Aufgaben und Ziele, vor allem solche, die aus Not und Elend führen. Worte, nicht als Worte! Philosophische Betrachtungen, zum Teil uralt, zum Teil — wie der Punkt 11 — dem Geist des echten Germanentums

widersprechende rückschrittliche, ins Mittelalter zurückreichende Anschauungen, zum Teil glatte Selbstverständlichkeiten! Aber nirgends eine Andeutung, wie diese Selbstverständlichkeiten Tat werden sollen! Und wenn wir uns in Deutschland umblicken, sehen wir vielfach und tausendfach das Gegenteil dessen, was Hitler als „Programm“ verkündet. Nehmt nur seinen 1. Programmpunkt und macht euch darauf euren Vers. Lüge, Verleumdung, Schwindel und Unrecht, vermischt mit Greuel und Gewalttaten aller Art stehen heute in Deutschland auf der Tagesordnung. In Wildwest-Amerika, in Uruguay und auf dem Balkan sind heute Leben und Eigentum der Einwohner weniger gefährdet als in Deutschland. Eine

zum Fanatismus aufgepeitschte Masse zertrampelt schier ungehindert Recht und Gesetzlichkeit. Wollt ihr, daß solche Zustände permanent werden? Das könnt ihr, das kann kein vernünftig denkender Mensch wollen! Deutschland muß wieder ein Rechtsstaat sein! In Deutschland müssen wieder Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit herrschen! Fort mit Zuständen, die Deutschland zum Hohn und Gespött des Auslandes machen! Tretet einig ein für Recht und Freiheit jedes Staatsbürgers und wählt am 5. und 12. März

sozialdemokratisch!

Warum haben Hitler und Papen nicht geantwortet?

Im Auftrage der Zentrumsfraktion des Reichstages richtete ihr Führer, der Prälat Kaas, am 31. Januar folgende Fragen an das nationalkapitalistische Hitler-Kabinetts

1. Die Zentrumsfraktion wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.
2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen:
 - a) Welche Sicherheiten können von der Reichsregierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?
 - b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?
 - c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsmäßigen Verhältnissen in Preußen zuzusagen, und in welcher Weise will sie diese Formalisierung durchführen?
 - d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bäuerlichen Berufsstandes wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Stellungswerkes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?

Auf diese Fragen haben Hitler, Papen und Hugenberg nicht geantwortet. Der Reichskanzler hat auch nicht darauf geantwortet in seiner Sportpalastrede. Die „Antwort“ auf die Anfragen des Prälaten Kaas war die Auflösung des Reichstages und des Preussischen Landtags. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn das Reichskabinetts im Sinne der Anfragen geantwortet hätte. Dann wäre eine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag vorhanden gewesen.

Kollegen vom Bau! Seht euch die Fragen genau an. Die Reichsregierung wird darin gefragt, ob sie sich im Rahmen der Reichsverfassung bewegen will, ob sie für ein umfassendes Siedlungsnetz ist, ob sie die größten sozialen Härten der Notverordnungen beseitigen will, wie sie zum Koalitionsrecht, zur Sozialversicherung und Tarifvertragsrecht steht und zur Frage des Arbeitsministeriums. Auch die anderen Fragen sind wichtig.

Die Reichsregierung hat auf diese Fragen keine Antwort erteilt. Nun, keine Antwort ist auch eine Antwort. Jedenfalls zeigt dieser Vorgang sehr deutlich, wohin unser neuer Kurs die Reise gehen soll. Gebt darauf die richtige Antwort! Rüttelt eure Kollegen, eure Frauen und wahlberechtigten Kinder auf, macht sie aufmerksam auf den Ernst der Stunde und stimmt an den Wahltagen geschlossen

für die Sozialdemokratie!

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum sechstenmal innerhalb eines Jahres werdet Ihr an die Wahlen gerufen. Bei all diesen Wahlen stand die gleiche Frage zur Entscheidung, die Schicksalsfrage von der künftigen Gestalt des deutschen Staates, von dem Geist seiner Gesetzgebung und seiner Verwaltung. Soll die Staatsgewalt einer kleinen Herrenschicht, soll sie der Diktatur einer Partei, soll sie einer Einheitsfront der sozialen Reaktion überantwortet oder soll das Volk wieder souverän im Staate werden?

Um diese Frage geht der erbitterte Kampf. Er ist noch nicht entschieden, trotzdem seit langem schon die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgeht, sondern beim Reichspräsidenten und seinen Ratgebern konzentriert ist.

Ihr habt bisher bei jeder Wahl Euren Gegnern innerhalb und außerhalb der Regierung Euren festen Willen entgegengestellt, die Souveränität des Volkes in vollem Umfange wiederzugewinnen. Ihr habt das Volksrecht gegen jegliches Diktatorverbrechen, Wirtschaftliche Not und politischer Terror haben Euren Freiheitswillen nicht gebrochen.

Euer Kampf war nicht vergebens, wenn auch zur Zeit die soziale Reaktion im Sattel sitzt. Denn heute ist Euer rechtmäßiger Widerstand gegen jeglichen Umsturz der stärkste, der einzig wirksame Schutz der Verfassung und Eurer Rechte.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, Frauen und Männer! Ihr wißt, was auf dem Spiel steht. Ihr kennt die Geschichte der letzten vierzehn Jahre, Ihr habt nicht

vergessen, wie sie wirklich gewesen ist. Ihr glaubt keine schwarzweißen Märchen über den Marxismus. Ihr wißt, was Ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt.

Erst als die Staatsgewalt vom Volke ausging, erst im November 1918, wurde die Schmach des Dreiklassen-Wahlrechts ausgelöscht. Erst damals wurde die letzten Schranken der Koalitionsfreiheit niedrigergerissen. Erst damals wurde die Sklaverei der Gesindeordnungen beseitigt. Erst seit jenen Tagen wurde der Bau der deutschen Sozialpolitik zum Bollwerk der inneren Freiheit unseres Volkes. Erst damals wurde das deutsche Arbeitsrecht zu der Brücke zwischen Arbeiterbewegung und Nation, an deren Grundpfeilern Eure Feinde heute rütteln.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Staatsgewalt darf nicht jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle Eures rechtsschöpfenden Willens setzen wollen. So unabsehbar auch die wirtschaftliche Not ist, Ihr habt noch viel zu verlieren. Schützt Euer Recht! Verteidigt am 5. März das neue Deutschland gegen den Generalangriff seiner inneren Feinde!

Ihr wißt, in welcher Front Ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wenn Ihr Eure Stimmen zu geben habt. Eure Entscheidung wird fallen.

**für Volksherrschaft gegen Diktatur,
für ein freies, sozialistisches Deutschland!**

**Die Bundesvorstände
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes**

Dürfen wir noch bauen?

Diese Frage ist heute eine der heftigst umstrittenen. Darauf bedacht, künftig bei einem verknappten Wohnungsmarkt gute Geschäfte zu machen, ließen die Hausbesitzer keine Gelegenheit ungenutzt vorbegehen, um weiteren Wohnungsbau als überflüssig und unwirtschaftlich hinzustellen. Die öffentliche Finanzkatastrophe sowie der Einkommensrückgang, der weite Volksekte hinderte, Mieten in früherer Höhe weiterzuzahlen und das Leerstehen von feueren Wohnungen schienen die Auffassung der Wohnungsbaugegner zu bestätigen. Aber in Bauwirtschaftskreisen wurden die gegenwärtigen Krisenzustände als unmaßgeblich für die Beurteilung des künftigen Wohnungsbedarfs abgelehnt und die krisenüberwindende Wirkung einer angekurbelten Bauwirtschaft in den Vordergrund gestellt. Jedoch bestand bisher kein überzeugender Nachweis des künftigen Wohnungsbedarfs.

In dem Streit um die Notwendigkeit künftigen Bauens spielen Gründe eine Rolle, die mehr oder minder aus den verzweifelten wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen. Umsomehr ist eine von Dr. Karl Wagner, Regierungsrat im Statistischen Reichsamt, verfaßte Schrift „Dürfen wir noch bauen?“ (Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 44, Preis 1,80 Mk) zu begrüßen, die diese Frage in wissenschaftlich einwandfreier Weise, gestützt auf amtliches statistisches Material, gewissenhaft untersucht und überzeugend beantwortet.

Wagner betrachtet, unabhängig vom Streit der Interessenten, die Frage von einer höheren Warte. Ein breiter Raum ist in seinem Buch der deutschen Bevölkerungsentwicklung gewidmet, sie ist für den künftigen Baubedarf von ausschlaggebender Bedeutung. Bevölkerungseröße und Altersaufbau bilden die Grundlage des künftigen Wohnungsbedarfs. Soweit die lebenden Jahrgänge unseres Volkes in Betracht kommen, läßt sich schon heute der Bevölkerungsaufbau in den kommenden Jahrzehnten mit verhältnismäßig treffender Genauigkeit vorausberechnen. Ähnliches gilt für die Zahl der zu erwartenden Haushaltungen, die Anspruch auf Wohnungen erheben werden. Die deutsche Bevölkerungszahl wächst noch etwa ein bis zwei Jahrzehnte und wird dann zahlenmäßig zurückgehen. Gegenwärtig überwiegt zwar die Geburtenziffer noch die Sterbeziffer, obwohl gegenüber dem Jahresdurchschnitt der Jahre 1901 bis 1910 die jährlichen Geburtenziffern in den letzten Jahren nur noch etwa die Hälfte betragen. Der Erwachsenenanteil unserer Bevölkerung (Personen über 15 Jahre) ist seit dem Jahre 1910 um 21,3 % gestiegen, die Zahl der Kinder (unter 15 Jahren) dagegen um 17,9 % gesunken. Wenn die hochbesetzten älteren Jahrgänge ins Greisenalter aufrücken, dann wird die Sterbeziffer die Geburtenziffer bei weitem überragen und daher die Gesamtbevölkerung stark abnehmen.

Im gegenwärtigen Jahrzehnt rücken die zahlenmäßig stärksten Jahrgänge in das Alter auf, in dem sie Haushalte gründen und Wohnungen benötigen. Wegen der Wirtschaftskrise sind zwar schätzungsweise 250 000 bis 300 000 Haushaltsgründungen unterblieben, die jedoch — wie auch nach früheren Krisen — nachgeholt werden, sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern. In den Jahren 1930 bis 1935 sind jährlich über 300 000 Haushaltsgründungen zu erwarten, von 1936 bis 1940 jährlich über 200 000. In dem Jahrzehnt 1941 bis 1950 ist mit einem weiteren jährlichen Zuwachs von 80 000 und im darauffolgenden Jahrzehnt 1951 bis 1960 mit einem jährlichen Zuwachsbüßerschuß von 40 000 Haushaltungen zu rechnen. Bis zum Jahre 1960 sind demnach über 3 Millionen Haushaltsgründungen zu erwarten, davon allein fast 2 Millionen in diesem Jahrzehnt. In den darauffolgenden Jahrzehnten nimmt die Zahl der Haushaltungen wegen der schwach besetzten nachrückenden Jahrgänge ständig ab.

Der Wohnungsbedarf stellt sich noch wesentlich höher, als diese Zahlen zum Ausdruck bringen. Trotz der Rekordbautätigkeit in den Jahren nach der Marktstabilisierung bis zum Krisenbeginn besteht noch ein

Fehlbedarf von mindestens 500 000 Wohnungen. Hinzu kommt der aufgestaute und stete Ersatzbedarf für abbruchreife Wohnungen, der sich mit dem Alterwerden der Wohnungen ständig steigert. Bis zum Jahre 1950 sind mindestens 440 000 abbruchreife Wohnungen zu erneuern, obwohl auch dann noch ein großer Bestand von abbruchreifen Wohnungen vorhanden ist. Zur Bekämpfung des Wohnungselends sind rund 200 000 Wohnungen, für eine notwendige Leerwohnungsreserve weitere 100 000 bis 200 000 Kleinwohnungen erforderlich. Bei dieser Betrachtung ergibt sich bereits für dieses Jahrzehnt ein Wohnungsbedarf, der sich selbst bei Anspannung aller Kräfte und bei einem jährlichen Bauprogramm von 400 000 Wohnungen nicht bewältigen ließe. Bei einem Bauprogramm von jährlich 300 000 Wohnungen würde im Jahre 1940 noch der gleiche Fehlbedarf vorhanden sein, wie gegenwärtig. Bei vorsichtiger Berechnung ist der Wohnungsbaubedarf bis zum Jahre 1950 auf insgesamt mindestens 4 Millionen Wohnungen zu beziffern.

Die Schrift Wagners setzt sich dann im weiteren eingehend mit den Argumenten der Wohnungsbaugegner auseinander und entkräftet sie an Hand des statistischen Materials. Vor allem die wissenschaftlich aufgemachten Einwände der Gegner, wie angebliche Aufblähung der Zahl der Haushaltungen und der vermeintliche große Leerwohnungsbestand in den Großstädten, die Kapitalfehllösungen im Wohnungsbau und die angebliche Gefahr der Entwertung des Altwohnungsbestandes werden gründlich behandelt und ins rechte Licht gerückt. Demgegenüber legt Wagner den wahren Zustand des Wohnraums und der deutschen Wohnkultur dar. — Die Frage, wo soll künftig gebaut werden, erfordert eine weitveranschaulichte Prüfung der zu erwartenden strukturellen Veränderungen in unserer Volkswirtschaft und damit in der sozialen und beruflichen Gliederung unseres Volkes. Die Binnenwanderung spielt ebenfalls eine erhebliche Rolle. Die Darlegungen zeigen bei vorsichtiger Bewertung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte, daß auch künftig auf die Großstädte allein mindestens ein Viertel des Wohnungsbedarfs entfällt; auf jeden Fall aber die prophetenhaft angekündigte Entvölkerung der Städte in den nächsten Jahrzehnten keineswegs in größerem Ausmaß einsetzen wird. Für die bei Ingangsetzung des Wohnungsbaues zu errichtenden Wohnungen besteht zunächst keinerlei Gefahr einer Fehlinvestition und für die fernere Zeit läßt sich das Wohnungsbauprogramm planmäßig gestalten. Die bevorstehende starke Zunahme an Haushaltungen und deren Abnahme etwa nach dem Jahre 1960 bleiben nicht ohne Einfluß auf die Art, wie gebaut zu werden muß. Mit der Abnahme der Haushaltungen werden Wohnungen überflüssig; darum ist es notwendig, den Kapitalaufwand für den großen Wohnungsbedarf der nächsten Jahrzehnte möglichst niedrig zu halten, ohne jedoch dadurch die Wohnkultur zu stark zurückzuschrauben. Die Aufgabe ist praktisch durch den Kleinwohnungsbaubau zu lösen. Der Zug zum Eigenheimbau und damit zur Wandlung der Bauweise ist bereits während der Wirtschaftskrise stark zum Durchbruch gekommen und wird sehr wahrscheinlich dem künftigen Wohnungsbau das Gepräge geben. Sie gestattet den Wohnungsbau mit geringem Kapitalaufwand und daher kürzerer Abschreibungsdauer.

Die noch zu bewältigenden großen Bauleistungen erfordern Milliardensummen. Sie bereitzustellen ist die schwierigste Aufgabe, die zu lösen ist. Ohne öffentliche Hilfe ist das nicht möglich, weil Mittel im privaten Besitz nicht in annähernd genügendem Umfange vorhanden sind. Nach dem Versiegen der öffentlichen Finanzierungsquellen ist mit der Hergabe von Kleinhypotheken für den Eigenheimbau ein sehr beschleunigter Anfang gemacht worden. Aber viel mehr ließe sich schon heute machen, wenn die öffentlichen Millionenzuwendungen für andere weniger wirtschaftliche Zwecke dem Wohnungsbau zugeführt würden.

Die Mittel zur Erweiterung bestehender und nicht voll ausnützbarer Verkehrswege und -anlagen, die dem freiwilligen Arbeitsdienst zugeführten Mittel und die für Subventionen und für andere Verlegenheitsunternehmungen verausgabten Mittel sollten dem Wohnungsbau zugeführt werden. Die amtlichen Stellen haben während der Krise dem Verfall des Wohnungsbaues untätig zugesehen. Sie werden sich auf die Dauer nicht dem der Bevölkerungsentwicklung innewohnenden Zwang zum Wohnungsbau entziehen können. Dieser Zwang wird um so stärker werden, je länger die Regierenden untätig bleiben. Die private Bautätigkeit kann keine genügende Abhilfe schaffen. Sie wird nur einen solchen Wohnungsbau durchführen, der risikolos erscheint, das heißt, nur Wohnungen für zahlungskräftige Mieter bauen. Der Finanzierung des künftigen Wohnungsbaues eröffnen sich aus der bestimmt zu erwartenden Strukturänderung in unserer Volkswirtschaft günstige Aussichten. In den verfloßenen Jahren ist unser Produktionsapparat in einem Umfang ausgebaut worden, der das notwendige Maß weit übersteigt. Künftig werden nur Kapitalien für die Erhaltung und die Verbesserung der Produktionsanlagen aufgebracht werden müssen; die früher zum Industriesauben verwendeten Riesenbeträge sind nicht mehr in gleichem oder ähnlichem Ausmaße erforderlich. Dadurch wird die Verbrauchseite unserer Wirtschaft gestärkt; ein wesentlicher Teil davon wird auf den Wohnungsbau entfallen. Dem Wohnungsbau fällt dabei auch eine erhöhte Bedeutung als Kapitalanlage zu. Die wirtschaftliche Durchführung der künftigen Wohnungsbauleistungen erfordert Planmäßigkeit. Sie muß die Beobachtung des Wohnungsmarktes und damit des Bedarfs, den Standort der Wohnungen mit Rücksicht auf industrielle Verschiebungen und die Binnenwanderung sowie die Finanzierung umfassen. Nur durch Planmäßigkeit ist der be- und entstehende Wohnungsbedarf zu befriedigen. Je rascher und umfassender praktisch an die Arbeit herangegangen wird, um so leichter kann unabsehbarer Schaden für unser notleidendes Volk verhütet und eine soziale Wohnungspolitik getrieben werden.

Soweit die in der Schrift behandelten hauptsächlichen Gedankengänge, die in diesen wenigen Zeilen keineswegs schüßend gewürdigt werden konnten. Wir wünschen den Gedankenengängen die stärkste Verbreitung, vor allem aber der Beachtung derer, die die Verantwortung für das soziale und wirtschaftliche Schicksal unseres Volkes zu tragen haben. Wir erwarten, daß die in der Schrift ausgesprochenen dringenden Warnungsrufe nicht ungehört verhallen, die bisherige sträfliche Untätigkeit endlich einer besseren Einsicht weicht und unverzüglich die Voraussetzungen für die Inangriffnahme des Wohnungsbaues geschaffen werden. Inwiefern derartige Erwartungen heute gerechtfertigt sind, soll hier unerörtert bleiben; das eine Tröstliche für uns Bauarbeiter sei jedoch hervorzuheben: Wie sich auch die gegenwärtig Verantwortlichen zu diesen Aufgaben stellen, der unserer Bevölkerungsentwicklung innewohnende Zwang zur Wohnungsbautätigkeit wächst ungehemmt weiter, wird zum Handeln zwingen und den Bauarbeitern Arbeitssmöglichkeit verschaffen!

Arbeiterbank krisenfest

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterbreitet der Öffentlichkeit ihren Abschluß vom Krisenjahr 1932. Die Arbeiterbank konnte sich naturgemäß nicht den Einwirkungen der krisenhaften Zuspitzung entziehen. Angesichts dessen ist es durchaus erfreulich, daß sich die Arbeiterbank zum mindesten wie die besten Banken hierzulande als durchaus krisenfest erwiesen hat. Der Gesamtumsatz der Bank im Jahre 1930 betrug 3,149 Milliarden Mark gegen 3,068 Milliarden im Vorjahre. Schon die Umsatzziffer beweist, daß die Bank der Gewerkschaften sich im verfloßenen Jahre vorzüglich gehalten hat. Dies bestätigt auch der Einlagenbestand, der 135,5 Millionen gegen 135,1 Millionen Mark im Vorjahre betrug. Bis zur Jahresmitte sanken bei der Arbeiterbank sowohl die Einlagen als auch die Depositionen und Spargelder. In der zweiten Hälfte besserte sich das Einlagengeschäft, so daß im Jahresschluß eine kleine Erhöhung festzustellen war. Im ersten Monat dieses Jahres hat sich die günstige Entwicklung fortgesetzt.

Die Liquidität der Bank kann als sehr erfreulich bezeichnet werden. Die Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken halten sich etwa auf der gleichen Höhe des Vorjahres. Das Wechselportfeuille weist ebenfalls nur eine geringfügige Änderung auf. Es enthält fast nur Papiere, die unmittelbar bei der Reichsbank diskontiert sind, also jederzeit flüssig gemacht werden können. Der Posten Nostrothaben bei Banken zeigt eine Vermehrung von 15,5 Millionen Mark. Die Bankguthaben verteilen sich auf insgesamt 201 Banken. Von der Gesamtsumme der Guthaben entfallen 86% auf die Banken des Reichs, der Länder sowie sonstige öffentlich-rechtliche und gemischt-wirtschaftliche Bankinstitute und etwa 14% auf Großbanken und erste Privatbanken. Die eigenen Wertpapiere, die im wesentlichen aus festverzinslichen und mündelsicheren Papieren bestehen, wurden durchaus vorsichtig bewertet. Besonders günstig hat sich die Beteiligung an der Hannoverischen Bodenkreditbank ausgewirkt.

Die Kredite der Arbeiterbank dienen im wesentlichen der Arbeitsbeschaffung, jedoch haben sie sich gegenüber dem Vorjahre vermindert. Unter den Kreditnehmern sind die öffentlich-rechtlichen Institute mit rund 41 % vertreten. An die Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft wurden etwa 52% aller Kredite gegeben. Darunter an die Bauantragsgeber-Organisationen 21% und an sonstige der Gütererzeugung oder -verteilung dienende Organisationen 31%. Das völlige Darniederliegen des Wohnungsbaues hat zur Folge gehabt, daß in dem Berichtsjahr nur noch rund 1000 Wohnungen durch Zwischenkreditgewährung gegen 2910 im Vorjahre finanziert wurden. Der Posten Handlungskosten mit 2,477 Millionen Mark enthält 48% persönliche und 52% sächliche Ausgaben. Die Gesamtvermögen um den Vorstand be-

trugen im Jahre 1932 insgesamt 72 000 gegen 110 000 M im Vorjahr. Der Aufsichtsrat ist ehrenamtlich tätig. Nur tatsächliche Unkosten werden vergütet. Für ihn wurden insgesamt 6367 M ausgeworfen. Diesen Posten vergleicht man einmal mit den Summen, die Privatbanken für den Aufsichtsrat ausgeben. Die immer obwaltende Vorsicht der Arbeiterbank hat es diesmal geboten erscheinen lassen, von dem Gesamtgewinn einen erheblichen Teil zur Stärkung der inneren Rücklagen zu verwenden. Die Bilanz zeigt einschließlich des Vortrages einen Reingewinn von 1 Million Mark. Der Vorstand schlägt der Generalversammlung vor, den Gewinn folgendermaßen zu verteilen: 600 000 M zur Ausschüttung einer Dividende von 5% auf das Aktienkapital von 12 Millionen Mark. Der Spezialreservofonds soll 200 000 M erhalten und

rund 200 000 M sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Arbeiterbank beschäftigt 249 Angestellte. Die Außenorganisation des Instituts hat sich zufriedenstellend entwickelt.

Von den Gegnern der Arbeiterbewegung ist die überaus günstige Entwicklung der Arbeiterbank in früheren Jahren mit scheelen Augen verfolgt worden. Man hatte geglaubt, daß sie von der Krise härter betroffen wird. Desto erfreulicher ist es, eine so günstige Bilanz über eine Krisenperiode wie das Jahr 1932 der Öffentlichkeit unterbreiten zu können. Die neueste Entwicklung der Arbeiterbank wird das Vertrauen in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten weiter stärken. Es dürfte schlechterdings nirgends eine Stelle geben, wo die Spargelder der breiten Masse besser aufgehoben sind als hier.

die Münchener Regelung. Trotzdem in Hamburg ein Erfolg, in München ein Mißerfolg! Der Kampf sowohl der Münchener als auch der Hamburger Bauarbeiter richtet sich gegen den Abzug an den Tariflöhnen nach der VO. vom 5. September 1932. Wenn überhaupt ein Zusammenhang mit dem Tarifvertrag besteht, so hat der Bezirksarbeitsvertrag, in dem allein die Löhne geregelt sind. Irgendein sachlicher Zusammenhang mit der Münchener oder Hamburger örtlichen Vereinbarung bestand nicht, weil in den örtlichen Tarifverträgen eine Lohnregelung in keiner Weise enthalten ist. Infolgedessen konnte als Tarifvertragspartei nur in Frage kommen die Partei, die den Bezirksvertrag abgeschlossen hatte. Das sind die Bezirksverbände.

Die Bezirksverbände haben nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts regelmäßig eine Doppelstellung. Sie sind einmal selbstverständliche Verwaltungskörper des Bauergewerksbundes. Sie sind aber zugleich selbständige nicht rechtsfähige Vereine mit eigenen Aufgaben. Sie schließen die Bezirksarbeitsverträge nicht in Vertretung des Bauergewerksbundes, sie schließen sie auch nicht in Vertretung der einzelnen Bauergewerkschaften ab. Die Bezirksverbände vereinbaren — wie das Landesarbeitsgericht Hamburg richtig erkennt — die Bezirksarbeitsverträge im eigenen Namen und für eigene Rechnung.

In Hamburg war die Sach- und Rechtslage ungünstiger. Denn da die örtliche Vereinbarung den Bezirksarbeitsvertrag zu ihrem wesentlichen Bestandteil erklärt, konnte der Vertreter des Norddeutschen Bauergewerksverbandes wie folgt seine Meinung begründen. Durch den örtlichen Tarifvertrag, im Besonderen durch den Bestandteil der örtlichen Vereinbarung geworden. Daraus ergibt sich, daß ein Arbeitskampf gegen die Löhne nicht nur ein Angriff gegen den Bezirksarbeitsvertrag, sondern zugleich auch ein Angriff gegen die örtliche Vereinbarung sei. Da aber Träger der örtlichen Vereinbarung die Bauergewerkschaft sei, so ergebe sich daraus, daß in einem Rechtsstreit die Bauergewerkschaft passiv legitimiert sei. Dieser Argumentation ist von der Bauergewerkschaft Hamburg das folgende entgegengesetzt worden: Es sei zwar richtig, daß die örtliche Vereinbarung den Bezirksarbeitsvertrag in sich aufnehme. Daraus folge aber keineswegs, daß der gesamte Bezirksarbeitsvertrag, im Besonderen die Löhne, Bestandteil des örtlichen Tarifvertrages würden. Ein solches Ergebnis wäre auch sinnlos; denn es sei nicht einzusehen, welchen Zweck es habe, die im Bezirksarbeitsvertrag geregelten Löhne nochmals einer Regelung im örtlichen Tarifvertrag zuzuführen. Ein solches Ergebnis wäre deshalb auch völlig unmöglich, weil ja nicht alle Bauergewerkschaften derartige örtliche Vereinbarungen abgeschlossen hätten. Würde also die Beweisführung des Vertreters des Norddeutschen Bauergewerksverbandes richtig sein, so würde sich die Kuriosität ergeben, daß überall da, wo Bauergewerkschaften örtliche Vereinbarungen geschlossen hätten, die Löhne sowohl in der örtlichen Vereinbarung als auch im Bezirksarbeitsvertrag geregelt wären; daß aber überall da, wo eine solche örtliche Vereinbarung fehlen würde, die Löhne nur im Bezirksarbeitsvertrag geregelt seien. Nach der Auffassung der Bauergewerkschaft habe der Kopf der örtlichen Vereinbarung, in dem der Bezirksarbeitsvertrag zum wesentlichen Bestandteil des Ortsarbeitsvertrages erklärt worden sei, nur die Bedeutung, daß die Bestimmungen des Bezirksarbeitsvertrages — im Besonderen die über die Friedenspflicht — Bestandteil des Ortsarbeitsvertrages werden sollten, die zur Durchführung des Ortsarbeitsvertrages unbedingt notwendig seien, nicht aber die Lohnregelung. Dieser Beweisführung der Bauergewerkschaft Hamburg hat sich das Landesarbeitsgericht Hamburg vollinhaltlich angeschlossen. Das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamburg ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil der Vorsitzende des Landesarbeitsgerichts Hamburg die internen Verhältnisse als Tarifamtsvorsitzender genau kennt.

Jedenfalls ist das merkwürdige Ergebnis festzustellen, daß der Bauergewerksbund in Hamburg bei einer ungünstigeren Rechtslage einen Erfolg hatte, während in München bei einer günstigeren Rechtslage ein Mißerfolg herauskam.



AUS DEM ARBEITSRECHT

Wer ist in kollektiven Tarifprozessen auf Arbeiterseite Beklagter?

Von Rechtsanwalt Dr. Franz Neumann, Berlin

Der Deutsche Bauergewerksbund hat in einer Reihe von Fällen gegen die Notverordnung vom 5. September 1932 in der Form Stellung genommen, daß er Arbeitskämpfe von Belegschaften, die gegen die auf Grund der VO. vom 5. September 1932 vorgenommenen Abzüge geführt worden sind, unterstützt hat.

In mehreren Fällen hat daraufhin der bezirkliche Unternehmerverband als Partei des Bezirksarbeitsvertrages eine einstweilige Verfügung erwirkt — und zwar ohne mündliche Verhandlung — in der den Bauergewerkschaften verboten wurde, derartige Arbeitskämpfe zu unterstützen. Zugleich wurde ihnen aufgegeben, ihren verbandsmäßigen Einfluß aufzuwenden, um die Belegschaften zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Zwei derartige Fälle, einmal eine einstweilige Verfügung des Norddeutschen Bauergewerksverbandes e. V., Hamburg, gegen die Bauergewerkschaft Hamburg und die Zahlstelle Hamburg des Zimmererverbandes, sodann eine einstweilige Verfügung des Bayerischen Bauergewerksverbandes e. V., München, gegen die Bauergewerkschaft München und die Zahlstelle München des Zimmererverbandes, haben die Landesarbeitsgerichte beschäftigt. In beiden Rechtsstreitigkeiten ist von den beklagten Bauergewerkschaften und Zahlstellen des Zimmererverbandes eingewandt worden, daß nicht die Bauergewerkschaften sondern allein die Bezirksverbände des Deutschen Bauergewerksbundes (die Gau des Zimmererverbandes) als Tarifvertragsparteien passiv legitimiert seien, das heißt bei Tarifverletzungen im Wege der Klage in Anspruch genommen werden können. Während das Landesarbeitsgericht Hamburg durch Urteil vom 10. November 1932 diesem Einwand Rechnung getragen und die in erster Instanz erlassene einstweilige Verfügung aufgehoben hat, hat das Landesarbeitsgericht München durch Urteil vom 24. Oktober 1932 den gegenläufigen Standpunkt vertreten, die Bauergewerkschaft (sowie die Zimmerer-Zahlstelle) für passiv legitimiert erachtet und die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts München aufrechterhalten.

Im Folgenden sollen lediglich zwei Fragen behandelt werden. Einmal die Frage, ob — unterstellt, die VO. vom 5. September 1932 sei gültig und verbote Arbeitskämpfe — der § 12 des Reichsarbeitsvertrages derartige Kämpfe verbietet; und sodann, wer der richtige Beklagte ist.

I.

Der § 12 RTV. lautet:

1. Die vertragsschließenden Organisationen verpflichten sich, ihren Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Reichsarbeitsvertrages und der auf Grund desselben abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsverträge einzusetzen, und zwar auch bei allen den vertragsschließenden Arbeitgeberorganisationen nicht angehörenden Bauunternehmungen. Entsteht ein Streifflach zwischen den Vertragsparteien oder ihren Unterorganisationen, der zu Kampfmaßnahmen führen kann, so haben die Vertragsparteien zunächst in Verhandlungen einzutreten. Streiks, Aussparungen oder sonstige Kampfmaßnahmen sind unzulässig vor Beginn und während der Dauer des Schieds- und Schlichtungsverfahrens sowie nach Abschluß dieses Verfahrens durch bindende Entscheidung.

2. Fügt sich eine der vertragsschließenden Organisationen einer bindenden Entscheidung der Tarifinstanzen nicht, so besteht für die Organisation der Gegenpartei dieser Organisation gegenüber Handlungsfreiheit.

Der Standpunkt des Bauergewerksbundes zur Auslegung des § 12 Abs. 1, letzter Satz ist folgender. Der letzte Satz des § 12 Abs. 1 ist keine selbständige Bestimmung. Er ist nur verständlich im Zusammenhang mit dem Satz 1. Nach Satz 1 des § 12 sind die vertragsschließenden Verbände verpflichtet, ihren gesamten Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Reichsarbeitsvertrages und der auf seiner Grundlage abgeschlossenen Bezirksarbeitsverträge einzusetzen. Satz 1 des § 12 sagt also nichts anderes, als das, was bereits kraft Gesetzes rechtens ist. Denn selbst wenn dieser Satz nicht im Reichsarbeitsvertrag stehen würde, wären beide tarifschließenden Verbände zur Durchführung des Tarifvertrages mit allen ihren Mitteln verpflichtet. Der Satz bringt also lediglich den Grundsatz der relativen Friedenspflicht zum Ausdruck. Der letzte Satz des Abs. 1 erweitert nicht diese relative Friedenspflicht. Er sagt nur, daß wenn eine Partei tarifwidrig handelt, die Gegenpartei nicht das Recht zu Abwehrkämpfen hat, bevor nicht ein tarifliches Schiedsverfahren darüber entschieden hat, ob die Gegenpartei tarifwidrig gehandelt hat oder nicht. Anders ausgedrückt: Der letzte Satz des Abs. 1 des § 12 RTV. erweitert nicht den Umfang der relativen Friedenspflicht, er sichert lediglich die relative Friedenspflicht in organisatorischer Hinsicht, indem das Recht, Abwehrkämpfe führen zu können, für einen bestimmten Zeitraum genommen wird. Das Landesarbeitsgericht München hat sich diese

vom Bauergewerksbund vertretene Auslegung des § 12 nicht zu eigen gemacht. Es steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß der § 12 Abs. 1, letzter Satz RTV. den Umfang der tariflichen Friedenspflicht erweitert. Zwar soll nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts der letzte Satz keine absolute Friedenspflicht enthalten, wohl aber soll der letzte Satz die relative Friedenspflicht etwas erweitert, also verstärkt haben. Diese Auslegung des Landesarbeitsgerichts verstößt gegen anerkannte Auslegungsregeln! Denn nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts gehört es zum eisernen Bestand der Rechtsprechung, daß im Zweifel die Friedenspflicht relativ ist, das heißt, im Zweifel nur der Bestand und die Durchführung des Tarifvertrages selbst durch die Friedenspflicht gesichert sein sollen, nur dann, wenn sich das Gegenteil unstrittig aus dem Tarifvertrag ergibt, dürfe eine Erweiterung der tariflichen Friedenspflicht angenommen werden. Eine solche unzuweidutige Erweiterung des Umfangs der Friedenspflicht ergibt sich aus § 12 letzter Satz nicht. Infolgedessen kann der Auslegung des Landesarbeitsgerichts München nicht gefolgt werden. Das heißt: ist man der Meinung, daß Abzüge, die Unternehmer entsprechend der VO. vom 5. September 1932 vornehmen, Handlungen sind, die nichts mit dem Tarifvertrag zu tun haben, und hält man einen Abwehrkampf der Gewerkschaften trotz der VO. des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 überhaupt für zulässig, dann hindert der § 12 RTV. einen solchen Abwehrkampf nicht.

II.

Wichtiger als die Frage und von äußerst praktischer Bedeutung für das Arbeitsleben im Bauergewerbe ist jedoch, welcher Verband aus Tarifverletzungen überhaupt in Anspruch genommen werden kann. Auszugehen ist von den Grundsätzen, wie sie in zahllosen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts niedergelegt sind. (Vgl. zum Folgenden: Neumann, „Tarifrecht auf der Grundlage der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts“ S. 123 ff.) Verpflichtet, den tariflichen Frieden zu wahren, sind nur und ausschließlich die Tarifvertragsparteien. Denn der Tarifvertrag ist ein Schuldverhältnis. Aus dem Wesen des Schuldverhältnisses folgt aber der Satz, daß nur und ausschließlich die Vertragsparteien Pflichten aus einem Schuldverhältnis auferlegt erhalten können. Daraus ergibt sich: Wenn beispielsweise, trotz eines bestehenden Tarifvertrages und entgegen einem bestehenden Tarifvertrag einen Arbeitskampf führen, so ist dieser Arbeitskampf tarifrechtlich völlig gleichgültig. Denn die Belegschaften sind nicht Tarifvertragsparteien. Sie können also das tarifliche Schuldverhältnis nicht stören.

Aus dieser tarifrechtlich gleichgültigen Handlung der Belegschaften wird jedoch dann eine tarifwidrige Handlung des Verbandes, wenn sich der Verband weigert, auf die Belegschaften einzuwirken, um diese zum tarifmäßigen Verhalten zu veranlassen. Diese Sätze gehören zum eisernen Bestand von Lehre und Rechtsprechung. Was folgt für die Praxis daraus?

Die tarifrechtliche Situation in Bayern ist folgende: Auf Grund des Reichsarbeitsvertrages ist abgeschlossen ein Bezirksarbeitsvertrag, den der Bezirksverband des Deutschen Bauergewerksbundes und der Gau des Zimmererverbandes unterzeichnet haben. Außer diesem Bezirksarbeitsvertrag besteht für München noch eine örtliche Vereinbarung. Diese örtliche Vereinbarung ist überschrieben „Besondere Bestimmungen zu dem Lohn- und Arbeitsvertrag Bayern rechts des Rheins für das Vertragsgebiet München, Stadtbezirk“, vom 5. Mai 1931. In dieser örtlichen Vereinbarung wird die Arbeitszeit und die Entfernenszulage geregelt. In der Präambel der örtlichen Vereinbarung befindet sich nicht der Satz, daß der Bezirksarbeitsvertrag etwa einen wesentlichen Bestandteil der örtlichen Vereinbarung bilde. — Die Tariflage im Hamburger Bezirk ist folgende: Auf Grund des Reichsarbeitsvertrages ist ebenfalls ein Bezirksarbeitsvertrag geschlossen. Dieser Bezirksarbeitsvertrag ist unterzeichnet vom Bezirksverband des Bauergewerksbundes und vom Gau des Zimmerer-Verbandes. Außerdem besteht auch in Hamburg eine örtliche Vereinbarung, abgeschlossen von der Bauergewerkschaft und der Zahlstelle des Zimmererverbandes, in der die Arbeitszeit und die Auslösbungsbestimmungen geregelt sind. Am Kopf dieser örtlichen Vereinbarung befindet sich der Satz, daß der Bezirksarbeitsvertrag einen wesentlichen Bestandteil dieser örtlichen Vereinbarung bildet.

Vergleicht man die beiden tariflichen Regelungen, so ergibt sich, daß die Hamburger Regelung ganz erheblich ungünstiger für die Bauarbeiter ist als

Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung!

Aus der Sozialgesetzgebung

Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung.

So lautet die amtliche Bezeichnung einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Februar 1933. Sie besagt: „Wenn eine Rente aus der Invaliden-, der Angestellten- oder der knappschaftlichen Pensionsversicherung auf Grund der IV. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 neben Bezügen aus den dort aufgeführten Versorgungsgesetzen oder Bezügen auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung ruht, darf der ruhende Teil weder zwei Drittel der Rente noch den Betrag von 50 M monatlich übersteigen. Zur Deckung des Aufwandes, der den Trägern der Invalidenversicherung hierdurch entsteht, zahlt das Reich jährlich 15 Millionen Reichsmark. In Artikel 2 der Verordnung ist festgelegt, daß in den Paragraphen 30 und 41 des Reichsversorgungsgesetzes mit der Aenderung anzuwenden sind, daß überall die Worte „Vollendung des 15. Lebensjahres“ durch die Worte „Vollendung des 16. Lebensjahres“ ersetzt werden.“ Danach sollen Kinderzulagen und Waisenrenten bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres gewährt werden. Die Verordnung tritt am 1. April 1933 in Kraft. — In der amtlichen Verlautbarung wird diese Verordnung als „ein wesentlicher Schritt“ zur Beseitigung oder Milderung der durch die Notverordnung hervorgerufenen Härten bezeichnet. Diese „Milderungen“ — wie es vielfach geheißen ist — als „Wahlspeck“ zu bezeichnen, wäre falsch. Dazu sind die Scheiben, die diese Verordnung gewährt, viel zu dünn geraten. Man stelle den 15 Millionen für die Sozialversicherten nur einmal die mehr als hundert Millionen der sogenannten Osthilfe gegenüber, von denen allein 32,5 Millionen in die Tasche von 191 Großagraren geflossen sind.



POLITISCHE ZEITNOTIZEN

Presseganoven. Während aus der Büchse der nationalen Pandora für die Presse der Linken Verbote auf Verbote hageln — unter anderem sind ungefähr drei Dutzend sozialdemokratische Zeitungen verboten — erfährt sich die Presse der Reaktion einer Freiheit, die jeden Begriff einer wahren Pressefreiheit noch „hell“ überstrahlt. Das soll auch durchaus in Ordnung sein. Denn bei der Anwendung der Vorschriften sollen nach einem Erlaß des kommissarischen Leiters des preußischen Ministeriums des Innern „Motive und Zwecke von Verstößen weitgehend berücksichtigt werden.“ Von dieser Vergünstigung, die zweierlei Recht enthält, machen besonders die Verleumder in den nazistischen Redaktionsstuben hemmungslos Gebrauch. Sie gehören zu jener „Journaille“, die alles, was nicht auf Nazifahren schwört, von der Nation ausschließen möchte. Je nach der Stellung des betreffenden Schreibers hebt und senkt sich die Tonart. In einem Erlaß an die preußischen Beamten sprach Minister Göring ihnen ab, noch zum „deutsch fühlenden Teil des Volkes“ zu gehören, wenn sie nicht zur derzeitigen Regierung halten. Der Nazi-Abgeordnete Reichsminister Frank II geht noch weiter. Er stieß im Reichstag den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses, den Sozialdemokraten Löbe, vom Stuhl und glaubte, eigenmächtig die Verhandlungen leiten zu können, „als Mitglied der größten Fraktion des Hauses und damit der Vertreterin des deutschen Volkes“. Was es mit dieser „Vertreterin des deutschen Volkes“ auf sich hat, zeigte sich sofort, als alle übrigen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und dem deutschnationalen Anhängsel den Saal verließen und eine Minderheit zurückblieb. Den Höhepunkt erreicht beispielsweise der Berliner „Angriff“, der ständig im übelsten Gessen- und Ganoven-ton über die politischen Gegner herfällt, wobei weder Ehre noch Anstand gewahrt bleiben. Das paßt zu dem vom Reichskanzler aufgestellten Satz, die Presse müsse sich freihalten von persönlichen Injurien, wie die Faust aufs Auge. So klebten vor einiger Zeit tagelang an den Berliner Anschlagssäulen übermannsgroße Plakate mit der Frage: „Zwei Millionen?“ Die Antwort auf diese Frage hatte das Naziblatt „Angriff“ bereits gegeben. In der Nummer vom 16. Februar machte es „Entbüllungen“ über einen angeblichen „Millionen-diebstahl der roten Preußenregierung“. „Wie Braun-Severing das Volk betrogen“, so und ähnlich lauten die Ueberschriften der nationalsozialistischen Zeitungen. Alles längst Wiederlegte wird wieder aufgewärmt. Es handelt sich um den sogenannten Zwei-Millionenfonds zur Bekämpfung des Verbrechertums, von dem angeblich der größte Teil für Wahlzwecke der SPD, ausgegeben worden sein soll. Alles nazistischer Wahlschwindel! Wie es in Wirklichkeit damit steht, darüber kommt sehr gut Oberst Oskar von Hindenburg Auskunft geben. „Wie die SPD im Dienste des Feindes stand“, „Wie die SPD den Schandvertrag von Versailles herbeigeführt hat“, so und ähnlich lauten die Ueberschriften in den Naziblättern. Und das alles geschieht unter stillschweigender Duldung, obwohl man genau weiß, daß all diese Anklagen Lügen und Verleumdungen sind. Mit der nationalsozialistischen Sache muß es doch verdammt schlecht stehen, wenn lügenhafte und verleumderische Angriffe auf die Ehre einstmaliger führender Staatsmänner nazistische Kampfmittel sind. „Statt auch bei Andersgesinnten die ehrliche Ueberzeugung zu schätzen, schiebt man ihnen die selbststüchtigen und verächtlichsten Gründe skrupellos unter. „Ich beklage die Selbstentehrung, die unser Volk den anderen Völkern gegenüber durch die Billigung solcher Zustände verschuldet.“ So schreibt der Erzbischof von Freiburg in einem Hirtenbrief. In nationalsozialistischen Blättern wird dieser Brief nicht veröffentlicht werden. Und wenn die Presse der Linken ihre Meinung in der deutschen Sprache sagt, die notwendig wäre, um das widerliche Treiben der angeblichen Nationalsozialisten zu kennzeichnen, dann würde sich wahrscheinlich herausstellen, daß heute in Deutschland nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch die Schimpf- und Verleumdungsfreiheit ein Reservatrecht für nationalistische Zeitungen ist!

„Ein gewaltig tönendes Nichts.“ Auf die Wahl- und Rundfunkreden Hitlers im Berliner Sportpalast antwortet der nationale „Jungdeutsche Orden“ mit diesem Aufruf: „Unzählige Menschen haben danach gestrebt, ihr Urteil noch einmal zu überprüfen. Sie waren bereit, den Parteimann von gestern zu vergessen und in Adolf Hitler den Reichskanzler von heute zu sehen. Das Urteil, welches wir nun aber fällen müssen, ist vernichtend. Wir urteilen nach dem gewaltig tönenden Nichts, das vor uns aufgestanden ist. Die Stimme, die wir hörten, ist nicht die eines Kanzlers, der unsern unglücklichen deutschen Volke den Frieden bringen kann. Wir wollen nichts mehr hören von Vergangenheit, Vergeltung und Marxisten, die längst nicht mehr am Ruder sind. Wir wollen wissen, was geschehen soll. Darüber aber haben wir nicht ein Wort gehört. Wo bleibt der öffentliche Widerruf der Kriegsschuldigen, wo bleibt die Einstellung der Reparationszahlungen, wo bleiben alle uns verheißenen Maßnahmen gegen das Finanzkapital, das nicht mehr in der Lage ist, die deutsche Arbeit zu finanzieren, wo bleibt der Marsch zur Scholle, wo bleiben die Versprechungen, die man uns gemacht hat; waren sie nur dazu da, um Stimmen zu sammeln? Glaubt man wirklich, daß der ganze deutsche Nationalismus durch den Fluch der Parteipropaganda schon so verdummt und entgeistert ist, daß man ihm nicht zu sagen braucht, wo man ihn hinführen will? Der Reichskanzler fordert alle Nationalisten auf, ihm zu folgen. Wir Jungdeutsche werden nicht ablassen, die Reichsregierung unaufhörlich zu fragen: „Wohin soll der Weg gehen?“ Wir sind von tiefstem Mißtrauen erfüllt. Was soll aus Deutschland werden, wenn dieser Wahn zerreißt? Wir, die wir unsern kühlen Verstand in dem sinnlosen Taumel einer fanatischen Parteipropaganda erhalten haben, erkennen unsere große

Aufgabe darin, alles vorzubereiten, um den Nationalismus vor einer furchtbaren Niederlage zu bewahren. Nicht Phrasen, Wahl- und Halbpromaganda, sondern einzig und allein restlose Klarheit ist das Gebot der Stunde.“ Unter den mannigfachen Stimmen, die in der letzten Zeit aus dem Lager der Rechten über die neue Regierungskunst gehört worden sind — wir erinnern beispielsweise an die des Herrn Duesterberg — zeigt auch diese Stimme, daß stellenweise schon jetzt das große Erwachen beginnt.

Das Ausland über Deutschland. Der politische Umschwung in Deutschland ist im Ausland naturgemäß verschieden aufgenommen worden. Das faschistische Italien steht der Hitler-Regierung lobend gegenüber, linksstehende Kreise im andern Auslande haben jedoch mit ihrer Kritik nicht zurückgehalten. Die Göttinger „Handels- und Schiffszeitung“, die nicht etwa ein linksstehendes Blatt ist, hat sich so scharf gegen den Chef der Reichsregierung ausgesprochen, daß der Reichsminister Goering sich genötigt fühlte, ein Telegramm an die schwedische Zeitung zu richten, das aber die gesamte schwedische Presse, weil in die Rechte eines freien Landes eingreifend als „unwürdig“ zurückwies. Allerdings, das schwedische Blatt hat sich wahrhaftig nicht schmeicheln lassen über den derzeitigen deutschen Regierungschef ausgesprochen. Es hat sich auch durch den Einspruch Goerings nicht rühren lassen und seine Polemik, gegen Hitler fortgesetzt. Doch hören wir auch einmal, was ein anderes Auslandsblatt zu den Zuständen in Deutschland sagt. Eine Zeitung des liberalen Bürgertums in den Vereinigten Staaten, die „Nation“, beurteilt den politischen Umschwung in Deutschland nach der „Vossischen Zeitung“ folgendermaßen: „Schlimmer als das Kriessrecht ist das Recht der Straße, daß die reaktionäre Rechte in Deutschland aufrichte... Der „Marxismus“ ist nur die vorgeschobene Kampfparole. Wenn die Reaktion... mit ihrer Taktik zum Erfolg gelangt, wird die deutsche Arbeiterschaft in ein Dienstverhältnis herabgedrückt werden, das in der modernen Industriegeschichte ohne Beispiel dasteht.“ — Auslandsblätter dürfen so etwas schreiben. Wir vielleicht auch. Nur würde auf uns das Zeitungsverbot ohne weiteres herabprasseln, wenn wir die mit Punkten angedeuteten Auslassungen des Blattes ebenfalls gebracht hätten. Dafür dürfen uns unsere Gegner nach Belieben und Herzenslust mit Dreck bewerfen. So steht es heute um die Pressefreiheit in Deutschland.

Vor Tische las man's anders. Bei der Absetzung republikanischer Beamten entwickelt die „nationale Regierung“ einen bemerkenswerten Tatendrang. Selbst solche Beamte, die nicht im Verdacht marxistischer Neigungen stehen, mußten nazistischen Anwärtern Platz machen. Aber nicht nur politische Beamtenstellen werden in ein Dienstverhältnis herabgedrückt, das in der modernen Industriegeschichte ohne Beispiel dasteht. — Auslandsblätter dürfen so etwas schreiben. Wir vielleicht auch. Nur würde auf uns das Zeitungsverbot ohne weiteres herabprasseln, wenn wir die mit Punkten angedeuteten Auslassungen des Blattes ebenfalls gebracht hätten. Dafür dürfen uns unsere Gegner nach Belieben und Herzenslust mit Dreck bewerfen. So steht es heute um die Pressefreiheit in Deutschland.

„Marsch auf Berlin.“ Auf der Amtswaltertagung der NSDAP in München am 6. Februar wurde darauf hingewiesen, daß die Zusammensetzung der derzeitigen Regierung für die Nazis sehr ungünstig sei und in den Kreisen der Mitglieder steigendes Bedenken erzeuge. Hierzu erklärte der Parteiführer, daß er sich seinerzeit zur Uebernahme des Amtes als Reichskanzler nur deshalb entschlossen habe, weil er dieses Kabinett nur als Provisorium betrachte, das sehr bald nach den Reichstagswahlen abgelöst werden müsse. Er wisse, daß seine Partner über einen sehr starken Rückhalt beim Reichspräsidenten verfügen; er sei daher zu außerordentlichen Maßnahmen gezwungen. Diese Maßnahmen sollten darin bestehen, daß acht oder vierzehn Tage nach der Wahl auf dem Tempelhofer Feld die gesamte reichsdeutsche SA und SS aufmarschiert, daß diese Massen gemeinsam mit der unter dem Kommando von Göring stehenden preußischen Polizei vor dem Reichspräsidenten paradiere und daß unter der Wucht dieser gewaltigen Demonstration sowohl Hugenberg und Papen zum Rücktritt gezwungen werden, als auch Herr von Hindenburg veranlaßt wird, seine immer noch gegen Hitler und die NSDAP bestehenden Bedenken zurückzustellen und seine Zustimmung zu geben zu einer Umbildung des Kabinetts im nationalsozialistischen Sinne. Das so schloß der Parteiführer, sei sein Marsch auf Berlin! Blutkurve. In der zweiten Woche nach Antritt der neuen Regierung forderten Zusammenstöße und Ueberfälle durch die SA, insgesamt dreizehn Tote. Unter diesen dreizehn Toten befindet sich auch ein gewisser Neubauer in Hamburg, der als Nazi von seinem eigenen Kameraden, dem SA-Mann Radolny, erschossen wurde. Die andern zwölf Opfer gehörten politisch zu den sogenannten Marxisten. Kommunisten, SPD- und Reichsbannerleute und auch ein jugendlicher Zentrumsarbeiter befinden sich unter den Opfern. Mit den fünfundzwanzig Opfern der ersten Woche beträgt die Zahl der politischen Gewalt- und Terrorakten zum Opfer Gefallenen nunmehr achtunddreißig.

Sage dem Nationalsozialisten, daß die Sozialdemokraten, also die Marxisten, unehrer wie für das werktätige Volk erreicht haben, obgleich sie nur zum kleinsten Teil an der Regierung beteiligt waren. Nenne ihm

im einzelnen: Uneingeschränkte politische Freiheiten Gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre, Aufhebung des Gesindeklavens, Einführung der Arbeitslosenversicherung Lohnschutz und Tarifwesen, Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Renten und Unterstützungen Einführung der Wöchnerinnenunterstützungen und des Stillgeldes, Erweiterung der Krankenversicherung, Erweiterung der Unfallversicherung, Kündigungsschutz für ältere Angestellte, Mieterschutz gegen Zwangsmaßnahmen, Bau von gesunden Wohnhäusern, Errichtung von Einfamilien- und Kleinhäusern, Siedlung auf dem Lande, Sportplätze und Bäder in Stadt und Land, Erneuerung des Schulwesens, Öffnung der Kulturstätten für das Volk. Sage ihm aber auch, daß diese Errungenschaften teilweise oder ganz erst dann verlorengegangen sind, seitdem die Nazis an Einfluß gewonnen und die parlamentarische Tätigkeit verhindert haben.

Vielbeliebte Standkonzerte. Gibt die SA, Standkonzerte, dann müssen im weiten Umkreis nicht nur die politischen, sondern auch die kulturellen Kundgebungen der Gegner schweigen. So geschah es in Berlin. Im Volksbühnentheater am Bülowplatz sollte eine Kundgebung gegen die Kulturreaktion abgehalten werden. Weil aber die SA auf dem Bülowplatz ein Standkonzert veranstaltete, wurde der Platz durch Polizei abgesperrt, der Zutritt zum Volksbühnenhaus verweigert und so die Kundgebung verhindert. Früher wurden Platzkonzerte veranstaltet, damit das Volk sich an der Musik erfreute. Veranstaltete die SA Platzkonzerte, dann müssen mit Karabinern ausgerüstete Schupos die braunen Liebhaber des Reaktions vor der Liebe des Volkes schützen. Herrliche Zustände



Allgemeine Rundschau

Neunkirchen. In Neunkirchen hat die Explosion eines Gasbehälters furchtbare Folgen gehabt. Nicht nur ungeheure materielle Werte, auch viele Menschenleben sind vernichtet worden. Weit über sechzig Tote und eine große Anzahl von Leicht- und Schwerverletzten sind die Folge der Explosion eines Gasbehälters, der inmitten einer stark bevölkerten Gegend errichtet worden ist. Es wird wohl nicht lange dauern, dann wird auch dieses furchtbare Unglück den Marxisten angehängt werden. Und das, trotzdem vor drei Jahren, als der inzwischen explodierte Gasbehälter gebaut wurde, die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat dagegen protestiert haben, daß dieser Gasbehälter, der zweitgrößte Europas, mitten in eine bewohnte Gegend gebaut wurde. Neben dem in eine bewohnte Gegend gebaut wurde. Hundert Meter weiter befindet sich ein Schulhaus mit 500 Kindern. Glücklicherweise war die Schule zur Zeit der Explosion leer, sonst wären Hunderte von Kindern umgekommen. Die Frau des Schuldieners ist durch die Explosion durch das Fenster ihrer Wohnung auf die Straße geschleudert worden. Die zerstörten und vom Erdboden vertilgten Häuser lagen unmittelbar neben der Explosionsstätte. Die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat wurden damals überstimmt.

Himmel im Nazihimmel. Ja, dieser Zeitgenosse nennt sich Emil Himmeler, er wohnt in Reuth bei Plauen im Vogtland, wohnt sich bereits im Nazihimmel und sendet wutspührend der Redaktion des „Grundstein“ eine Schmiererei, worin er sie in gemeinster Weise beschimpft, für verrückt erklärt und fortgesetzt Lügen bezichtigt. Solche uns hin und wieder erreichende Liebenswürdigkeiten legen wir gleichmütig auf acht. Die Schimpferei dieses aus dem menschlichen Gleichgewicht gerutschten Zeitgenossen, ebenso saftig wie gewislos, entspricht dem Nazimilieu. Bei diesen braunen Gesellen reicht es nur aus zu Schimpfereien und Brutalitäten. Das nennen sie Bekämpfung der Gegner. Und die Nazipresse erteilt ihnen in dieser Richtung täglich Unterricht. Aber trotz Schmeichelei und solle es dieser Nazi-Himmel einmal mit einer Kalwasserkur versuchen. Sollte jedoch in seinem bedauerlich verzerrten Oberstübchen noch eine nicht ganz holungsfähige Partei vorhanden sein, dann empfehlen wir ihm, so schleunigst wie möglich die Reichsregierung auf unsere „Lügen“ und „Verleumdungen“ aufmerksam zu machen. Er behauptet ja, der „Grundstein“ führe ein „Lügenhetze gegen Hitler, seine Partei und die nationale Regierung“. Also zugefählt! Wir zweifeln daher keinen Augenblick daran, daß der „Grundstein“, zum die Reichsregierung verurteilt hat, jede politische Unwahrhaftigkeit mit Verbo zu ahnden, dann schnurstracks verboten würde. Oder sollten es doch Wahlen heißen sein, die der „Grundstein“ veröffentlicht?

Ruhrländische Bauausstellung („Ruba“) Essen 1933 Die Vereinigung zur Förderung der Bauwirtschaft, St. Essen, veranstaltet in der Zeit vom 4. bis 26. März den Ausstellungsraum des Gildehauses im Zentrum der Stadt eine Ausstellung, in der alles gezeigt werden soll, was zur Bauwirtschaft gehört. — Die Geschäftsführung der Ruhrländischen Bauausstellung („Ruba“) befindet sich im Bürohaus der Essener Bank, Essen, Am Handelshof 1 (Fernruf 246 27).

Verlängerung des Westdeutschen Zement-Verbandes um zwei Jahre. In der Gesellschafter- und Werksbesitzerversammlung des Westdeutschen Zementverbandes, die am 15. Februar in Bodum abgehalten wurde, wurde der Lieferungsvertrag auf zwei Jahre bis zum 31. Dezember 1934 verlängert. Eine kurzfristige vorzeitige Kündigungsmöglichkeit ist für den Fall vorgesehen, daß ein Außenseiter auf dem Markt neu erscheint und den Versand von Zement übernimmt. — Nach dieser Meldung ist der Kampf der monopolisierten Zementindustrie gegen die Außenseiter, über die wir in Nr. 3 des „Grundstein“ berichteten, beendet. Obgleich nichts Näheres über die Umstände der Einigung mitgeteilt wird, ist es uns sicher zu erwarten: Die ungesunde Wirtschaftsführung der Zementkartelle bleibt bestehen, nachdem nunmehr das absolute Monopol auch in Westdeutschland hergestellt ist, und die Bauwirtschaft wird sehr bald die Zucht in Form von neuerdings erhöhten Zementpreisen zahlen müssen.

WOCHENRUNDSCHAU

FÜR DAS BAUGEWERBE

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen untertariflicher Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wiebersick, in Wilster das Baugeschäft Johannes Sievers. Gewarnt wird vor dem Unternehmen Schütt u. Oberdorf (Unter-Elbe) wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt ist in Berlin-Oberschöne weide die Firma Witt und in Liegnitz das Ofengeschäft Hermann.

Bildungs- und Werbearbeit

Arbeitsgemeinschaften. Immer wieder wird vom Bundesvorstand gewünscht, Material zur Verfügung zu stellen. Soweit es sich ermöglichen läßt, werden für Arbeitsgemeinschaften Broschüren und Vortragdispositionen als Unterlagen bereitgestellt. Darüber hinaus kann aber auch jede Gruppe selbst für Unterlagen sorgen, und zwar so: Entsprechend seinem Wissen übernimmt es ein Kollege, Zeitungsausschnitte über Wirtschaftsfragen zu sammeln; ein anderer sucht Erreichbares über die Sozialversicherung zusammenzubekommen, ein dritter sammelt Arbeitsrechtsfragen, ein vierter Tariffragen usw. Zeitungen, in denen die genannten Fragen behandelt werden, sind beim Baugewerkschaftsvorstand erhältlich, soweit sie nicht jeder sowieso schon bekommt (Grundstein, Gewerkschaftszeitung, Arbeitsrechtspraxis, Tageszeitung). Wenn die Ausschnitte sorgfältig ausgeschnitten, auf weißes Papier geklebt und im Schnellhefter gesammelt

werden, ist das Material für eine Aussprache über Einzelfragen leicht zur Hand. Dies Sammeln hat dann zwar etwas Mühe aber keine Mittel gekostet.

Aus der neuen Lichtbilderserie: „Unser Bund“ II. (Aufbau und Wirken.) Die Lichtbilder beschreiben den Aufbau und das Wirken des Bundes, veranschaulichen die Aufgaben des Bundesvorstandes und die im Bundeshaus zu leistenden Arbeiten. Die Serie ist die Fortsetzung zur Lichtbilderserie „Unser Bund“ I. (Die Vorläufer des Bundes.) Sie wird im Rah-

men des Werbe- und Bildungsprogramms und auch auf besondere Anforderung zur Verfügung gestellt.

Aus den Bezirksverbänden

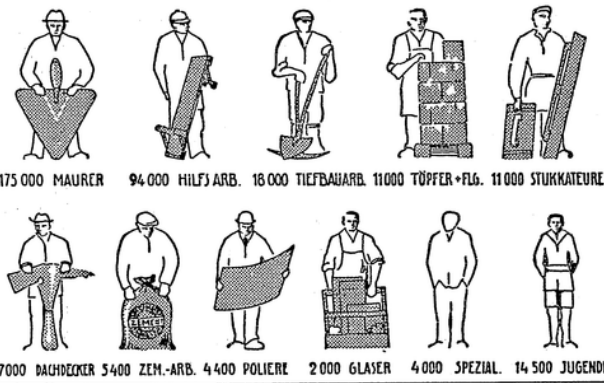
Bezirksverband Königsberg. (Verordnung über Arbeiterfürsorge auf Bauten.) Nachdem die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Arbeiterfürsorgebestimmungen auf Bauten für das ganze Reich nicht zur Verwirklichung gekommen sind, wandten wir

uns beschwerdeführend an den Herrn Regierungspräsidenten in Königsberg. Am 1. Dezember 1932 ist nun eine neue „Polizeiordnung über das Bauen in den Städten der Provinz Ostpreußen“ in Kraft getreten. Ausgenommen sind die Städte Allenstein, Elbing, Insterburg, Königsberg und Tilsit. Die Polizeiordnung entspricht im wesentlichen einem Musterentwurf des früheren Preußischen Wohlfahrtsministeriums. Der Abschnitt III § 33 enthält die „Bestimmungen der Arbeiterfürsorge auf Bauten“. Wenn diese Schutzbestimmungen auch nicht dem entsprechen, was wir stets gefordert haben, so bedeuten sie doch immerhin einen beachtenswerten Fortschritt. Wir hoffen, daß entsprechende Vorschriften auch für das platte Land der Provinz Ostpreußen bald nachfolgen werden.

Aus den Baugewerkschaften

Düßeln. (Kurt Schumann, ein Todesopfer der Nazis.) Am 6. Februar veranstaltete die „Eiserne Front“ in Leisnig eine machtvolle Demonstration. Dies muß den braunen SA-Horden gehörig in die Knochen gefahren sein. Als sich nämlich der Demonstrationzug aufgelöst hatte und die Teilnehmer ebenso friedlich, wie sie demonstriert hatten, nach Hause gingen, wurde plötzlich vom Braunen Haus aus Feuer gegeben. Unter den sieben zum Teil schwerverletzten befand sich auch unser junger Freund und Reichsbannerkamerad Kollege Schumann. Ein Knietestschuß machte eine Operation erforderlich. Leider kam eine Blutvergiftung hinzu, die dem jungen Leben Schumanns ein Ende machte. — Kaum 21 Jahre alt, ist er ein Opfer des

Die Fachgruppen des Bundes 1. JULI 1932.



UNTERHALTUNG UND WISSEN

Der Mephisto

Ein Nazi-Führer hat ihn den Mephisto der Partei genannt, ihn, den Berliner Gauleiter der Nazis, Dr. Goebbels. Er war und ist dienstwilliger Hosiannasänger, saß aber einstmals versehtlich an einem Tisch mit den Revolutionären aus Straßer, Pläne zur Absetzung Hitlers schmiedend. Dann rehabilitierte er sich durch lautes Schimpfen: „Jetzt erkenne ich euch, ihr seid Revolutionäre des großen Maulwerks. Wenn wir hinter unserm Führer stehen, dann beugen wir uns vor ihm nicht aus byzantinischem Zwang, sondern mit jenem alten Männerstolz vor Königsthronen, mit jenem Gefühl der Sicherheit, daß er mehr ist als du und ich, und daß auch er ein Instrument ist göttlichen Willens, der die Geschichte gestaltet im Strudel neuer Schöpferlust.“ Schon hieran erkennt man, daß Goebbels seine große agitatorische Leistung ist es, die Nazi-propaganda zu einer Heldenlegende stilisiert zu haben. Schlichtheit ist ihm nicht gegeben, weder in der Sprache noch in seinen Ansprüchen. Am Reichskanzlerplatz in Berlin bewohnt er eine Achzimmerwohnung. Als die Arbeiterpresse dies dem „Arbeiter“führer vorhielt, verkroch er sich hinter seine Frau. Ihr gehöre die Wohnung. Noch hat er kein Staatsamt. Wahrscheinlich ist er unabhkömmlich. Aber schon ist er kraft seines Heldenstils und seiner Schnörkelprache Rundfunkreporter und Ansager der großen Kundgebungen der NSDAP: ein Amt, das er so ausübt, daß das nationalistiche Publikum eine einzige Gänsehaut ist.

Goebbels hat reichlich studiert und ordnungsgemäß seinen Doktor gemacht; trotzdem steht er unter dem Osaf durch seinen Mangel an erarbeiteterm Wissen. Seine Reden und Schriften sind die schaumigsten, an Einfallen vielleicht reichsten, an durchdachtem Inhalt ärmsten der nationalsozialistischen Literatur. Bei Goebbels ist irgendein gründliches Wissen nicht wahrzunehmen. So ist der stärkste Agitator, den die Bewegung nach Hitler hat, wie dieser von Hause aus ein Bohemien; aber noch mehr als der Führer ist er es auch geblieben. Er ist der eigentliche Schönredner der Partei. Zuweilen macht er ausgezeichnete Beobachtungen: daß sich heute ein Arbeitertyp entwickelt, der sich mit ruhigem Gewissen dem Spießbürger als „Spießarbeiter“ an die Seite stellen könne, da nämlich nicht nur die Satttheit, sondern auch der Hunger, an den man sich gewöhne, zum Spießler mache. Und dann rasset er seine Arbeiter an: „Stehi auf, ihr jungen Aristokraten eines neuen Arbeitertums! Ihr seid der Adel des Dritten Reichs, was ihr mit eurem Blute sät, wird als herrliche Ernte aufgehen! Ballt die Fäuste, strafft die Stirnen! Zertrümmert die Gleichheit der Demokratie, die dem jungen Arbeitertum der Weg zur Vollendung versperrt! Klingt das echt? Wenn Goebbels die Arbeiter seine Kameraden nennt und davon spricht, daß er „die Brutalität des Proletariats formen“ werde, dann kommt das heraus, als ob eine elegante Schauspielerin einen revolutionären Matrosen abbildet. Eine innere Zärtlichkeit, vom Schicksal mißhandelt, hat sich ein Nothend übergezogen und mißhandelt nun selbst. So ist alles, was er sagt, an irgend-

einem Punkt ehrlich empfunden und doch nicht wahr: „Solange der Mensch an diesem Leben klebt, solange ist er nicht frei!“ Richtig. Aber der Doktor Goebbels sollte hinzufügen, daß auch er wie die übrige Kreatur tatsächlich nicht frei ist. Sehr bald spricht sich bei den Berliner Anhängern herum, daß der „Doktor“ nicht immer ganz mutig sei.

„Ich reise ohne Parteiabzeichen; die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines Eingreifens in politische Ge-

Arbeitsloser! Aufgepaßt!

Deine Existenz ist einfach ein Rechenexempel. Du läufst zum Nachweis, bekommst deinen Stempel und holst dir acht Mark, zehn Mark, zwölf Mark die Woche, dein Geld.

Du bist zu nichts nützlich; man braucht dich nicht auf der Welt;

nun aber, da du nun doch einmal lebst, hat man dir eine Nummer gegeben:

Einunddreißigttausend vier siebzehn b — muß von der Wohlfahrt leben —

und nun steht dein Name in einer riesigen Kartothek, und du hast eine Stempelparte als Daseinsbeleg.

Da spielt keine Rolle. Doch einunddreißigttausend vier siebzehn b, deine Zahl,

die steht mit vielen andern in endlosen Kolonnen. Der Staat beachtet sie, und mit einemmal hast du in einer Reihe von Zahlen sein Interesse gewonnen.

Jetzt bist du die große Rechenaufgabe des Staats, jetzt bist du ein Faktor des deutschen Etats, jetzt addest du auch oder wirst addest, du wirst zu den andern gereiht, gebucht, verflucht, multipliziert

und bist, in einem Kollektiv von Zahlen versteckt, ein Millionenobjekt.

Nun kommt der Staat und kürzt die Millionenzahl. Das Einzelschicksal ist ihm dabei ganz egal.

Das kann er nicht. Dich kennt er nicht. Er kennt nur einunddreißigttausend vier siebzehn b.

Die Zahl ist leblos: der tut eine Kürzung nicht — Zehn Prozent — zwanzig Prozent — dreißig Prozent —

Einunddreißigttausend vier siebzehn b, der Mensch, kommt auf den Hund.

Einunddreißigttausend vier siebzehn b, die Zahl, hält stand.

Deine Existenz ist ein Rechenexempel — Beteiligter unbekannt.

Mensch! Arbeitsloser! Laß dich nicht unterkriegen! Du stehst nicht allein!

Reih' dich, Mensch, in die Kolonne der Millionen ein! Du bist eine Zahl, eine Nummer bloß, doch die Zahl schwillt an und wird riesengroß, die Zahl ist lebendig, Millionen sind eine Macht.

Laß du daran gedacht?

Reih' dich ein! Pack an! Gib der Zeit deinen Stempel: Deine Existenz ist wirklich ein Rechenexempel!

Rudolf Gotschalk.

sprache“ fühle ich nur selten“, bekennt er, obwohl doch der Reichspropagandaleiter das Tragen des Abzeichens als beste Propaganda befohlen hat. Mit zähneklappernder Beredsamkeit schildert im Februar 1927 ein Artikel im „Völkischen Beobachter“, der nach dem Stil wahrscheinlich von ihm selbst stammt, das gefährliche Leben des Berliner Gauleiters:

Nach einem Krankenhausbesuch findet er „die Straße vom marxistischen Geldschrankschutz bürgerkriegsmäßig besetzt; d. h. der Gegner hat auf den umliegenden Bauplätzen Ziegelsteine requiriert und hier handgerecht aufgeschichtet, um Dr. Goebbels rituell zu Tode zu steinigen. Eine bange, entscheidungsschwere Stunde. Just in dem Augenblick, wo Dr. Goebbels schwankt, ob er sich da hinten in irgendeinem Gebäude des Virchow-Krankenhauses unter dem Purims-Gelächter der jüdischen Aerzte und Schwestern oder da vorn auf der Straße unter dem Frei-Hell-Gebrüll geisteschwacher Volksgenossen niederschlagen lassen soll; just in diesem schicksalsschwangeren Augenblick erscheint das Symbol dieser Republik: der Gummiknüppel. Die Straße ist frei!“

Noch schauriger ist eine von der gleichen gewandten Feder beschriebene Autofahrt, auf der der Berliner Gauleiter sich geradezu als Spökenkicker erweist: „Auf einmal richtet sich Dr. Goebbels von seinem Sitz auf. Halt, Kamerad Schöffner, halt! Der Wagen stoppt. Was ist denn los, Doktor? — Weiß nicht, aber wir sind in Gefahr! Da greifen wir in die Taschen und springen heraus. Nichts zu sehen, nichts zu hören. Wir gehen um den Wagen herum, alle vier Reifen sind fest und prall. Aber holla, was ist denn das? In der Tat, am linken Hinterrad fehlen vier Schrauben. Von fünf Schrauben vier Schrauben. Eine niederträchtige Teufelei. Spuren ungeschickter Gewalt reden ein übriges. So kämpfen das Judentum und seine Knechte. Geistige Waffen...“

Keiner hat diese aufgeregten, gefahrwitternden Nerven bewiesen oder seine Erlebnisse so beflissen in die Parteichronik eingetragen. Begreiflich, daß Straßer voller Verdruß Ende April 1927 in seiner Berliner Arbeiterzeitung schreibt, es sei nicht Frontsoldatenbrauch mit seinen Taten Reklame und in Festausätzen immer wieder von sich reden zu machen, welche Praktiken da und dort in der Partei geübt würden — wie überhaupt der Straßer-Kreis an den Eigenschaften des Dr. Goebbels reichlich die bösen Zungen wetzt.

Goebbels kroch mit seiner Propaganda bewußt am Boden der Weltstadt hin, sein Angriff zielte nicht nach den Spitzen, sondern nach der Unterseite der herrschenden Macht. Ihn interessierten mehr als die politische Einstellung die privaten persönlichen Verhältnisse und die Herkunft führender Republikaner. Er hetzt und hetzt und stiftet kaltschnäuzig zu wahrhaft lumpenproletarischen Taten an. Seine Proletenverhimmelung erinnert an Freibier.

Wenn heute die Terrorkurve wieder ansteigt, dann hat Goebbels seine großen „Verdienste“ daran. Kein denkender Proletarier kann den Nazis seine Stimme geben.

Gedankensplitter

Die jetzige Gesellschaft ist kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus.

Die Unwissenheit ist ein Dämon. Wir fürchten, sie wird noch manche Trauerspiele aufführen. Karl Marx.

Bürgerkrieges geworden. Die Arbeiterschaft ließ ihm ein würdiges Begräbnis zuteil werden. Etwa 2000 an der Zahl folgten Schumann auf seinem letzten Gang. Wir betrauern in ihm den Verlust eines jungen aktiven Kollegen, der frühzeitig zur Bewegung kam und für die Freiheit kämpfte. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Oldenburg. (Ein Pyrrhus-Sieg.) Triumphierend posaunen die KPD, und RGO in alte Welt die „Opposition“ habe in der Baugewerkschaft Oldenburg bei der Vorstandswahl einen großen Sieg errufen. Zunächst sei zugegeben, daß die Opposition mit 81 gegen 78 Stimmen „gesiegt“ hat. Dieser „Sieg“ konnte verhindert werden, wenn nicht zu gleicher Zeit in Bremen ein Wochenendkursus getagt hätte, wodurch einige Kollegen verhindert waren, an der Wahl teilzunehmen. Ferner war beschlossen, auf Grund der ländlichen Struktur der Baugewerkschaft und weil ein Teil unserer Arbeitslosen keinerlei Wohlfahrtsunterstützung in Bergeld bezieht, auch solche Kollegen zu dieser Versammlung zuzulassen, die bis zu einem Jahre mit ihren Verwaltungsbeiträgen im Rückstand waren. Diesen Umstand hat die KPD, weit über die Maßen ausgenutzt und Leute in die Versammlung dirigiert, die bis zu drei Jahren und noch länger an den Baugewerksbund keine Beiträge mehr entrichtet haben und längst unter der Firma RGO segeln. So hatte die KPD, von ihren 92 Mitgliedern, die schon mal irgendwie im Baugewerbe tätig waren, 81 in die Versammlung dirigiert. Angesichts dieser Machenschaften ist die Wahl selbstverständlich kassiert worden. Nach den Wahlen sehen wir uns wieder Ulm (Max Guethner f.). Ein schwerer Verlust hat unsere Bauarbeiterbewegung betroffen. Max Guethner ist nicht mehr. Nach einer Operation, die an ihm eines Magenleidens wegen vorgenommen werden mußte, ist er verstorben. Der Tod

unseres Max ist vor allem schmerzhaft für die württembergische Bauarbeiterbewegung; in seinem nächsten Wirkungskreis Ulm scheint er beinahe unersetzlich. Max Guethner, 1888 in Staßfurt geboren, ging nach Erlernung des Maurerhandwerkes bald in die weite Welt. Seine rasche Auffassungsgabe, seine hervorragenden rednerischen und organisatorischen Fähigkeiten wurden bald bemerkt, so daß er schon frühzeitig mit Ämtern betraut wurde. Dann mußte er als Frontsoldat in den Weltkrieg. Nach dessen Beendigung trat jedoch Max Guethner sofort wieder als Frontsoldat in die Arbeiterbewegung. Bereits im Jahre 1919 wurde er als unbesoldeter Vorsitzender des Zweigvereins Heilbronn des Bauarbeiterverbandes gewählt; noch im gleichen Jahre wurde er als besoldeter Geschäftsführer nach Tuttingen berufen. Jedoch

Je mehr Mittel, je mehr Kraft!
Für die Woche vom 19. bis 25. Februar ist der 8. Bundesbeitrag für 1933 zu zahlen

das Aufblühen der Bauhüttenbewegung, wobei auch der damalige Geschäftsführer des Zweigvereins Heilbronn, Kollege Buckel, als Geschäftsführer der Bauhütte Heilbronn eingesetzt wurde, hatte zur Folge, daß Max Guethner als Geschäftsführer des Zweigvereins Heilbronn nach dort zurückberufen wurde. Aber hier war wieder seines Bleibens nicht allzu lange, die Umstände fügten es, daß er im Jahre 1926 nach Ulm versetzt wurde, um dort die Baugewerkschaft zu leiten. In diesem Amt verblieb dann Max Guethner bis zu seinem Tode. Außer in der Bauarbeiterbewegung war er auch sonst rühmlich tätig, vor allem in der Bauhüttenbewegung, in der Wohnungsfürsorgegenossenschaft, in den Ortsausschüssen des ADGB, im Verwaltungsausschuß der

Bezirksratsämter und in der Partei. Überall bekleidete er Ämter und überall stellte er dabei seinen Mann. Nun ist er von uns geschieden. Wir betrauern in ihm einen tüchtigen Redner und Organisator, einen aufrichtigen Mann und treuen Kameraden. Viel haben wir in Max Guethner verloren. Jedoch sein Andenken wird unvergessen bleiben, stets werden wir seiner ehrend gedankt!

Bücher und Schriften

Der Osthilfeskandal. Von Kurt Heinig. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 10.—. Der wunde Punkt der „nationalen Regierung“ ist die Osthilfe. Die Enthüllungen Heinigs haben den Haß der Ostelbier vermehrt. Darum ist die Broschüre lesenswert. Sie möge besonders in ländlichen Gebieten Verbreitung finden. — Als Gegenstück ist die ausgezeichnete Rede des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Erik Wölgast anzusehen, der der Rechten ihr Bild in einem Spiegel ihrer kulturellen Untaten vorhielt. Diese Rede wurde weit über Preußens Grenzen hinaus beachtet. Sie ist gleichfalls für 10.— erhältlich. Die historische Leistung von Karl Marx. Zum 50. Todestage Karl Marx' ist im Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, diese Schrift von Karl Kautsky neu herausgebracht worden. Einem Arbeiterbewegung lebendig zu halten, eine umfassende Darstellung trägt dazu bei. Karl Marx' große Tat für die Wissenschaft und für den Fortschritt der Arbeiterbewegung lebendig zu halten. Literarischer Wettbewerb. Die Büchergröße Gutenberg, Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5, ruft zu einem literarischen Wettbewerb auf. Diese Gemeinschaft württembergischer Buchleser sucht den besten Roman des Gegenwartstroms, der seinen Stoff aus diesen Tagen holt, ausspricht, was ist und was werden muß und in seiner Idee die innere Verbundenheit mit dem Geiste der freien deutschen Arbeiterbewegung nicht verliert. 5000 Reichsmark sind als Preise ausgesetzt. Die von der Büchergröße Gutenberg dann zur Veröffentlichung erworbenen Romane werden nach den bei ihr üblichen Regeln honoriert. Die Prämie wird also nicht angeteilt. Bedingungen: Die zur Teilnahme am Wettbewerb bestimmten Manuskripte dürfen (auch in anderer Bearbeitung) noch nicht veröffentlicht sein; sie dürfen vor der Entscheidung bei der Büchergröße nicht anderen Verlagen angeboten werden. Übersetzungen aus anderen Sprachen sind nicht zugelassen. Die eingereichten Manuskripte müssen einen Mindestumfang von 240 Schreibmaschinenseiten (etwa 35 Zeilen à 15 Silben) haben und klar leserlich sein. Bei handschriftlichen Manuskripten ist besonders auf deutliche Schrift zu achten. Die Originaltexte und zwischen den Zeilen sollen freie Räume für evtl. Korrekturen bleiben. Erwünscht ist die Beigabe eines Blattes, auf dem der Inhalt des Romans kurz zusammengefaßt ist. Der Verfasser soll aus dem Manuskript nicht erkennbar sein. Sein Name und seine Adresse sind in einem verschlossenen Kuvert anzulegen, das einen Kennwort trägt. Dieses Kennwort ist auch auf der ersten Seite des Manuskripts anzubringen. Der literarische Wettbewerb beginnt am 1. Februar 1933 beendigt und endet am 1. Februar 1934. Der letzte Termin der Einsendung ist also der 1. Februar 1934. Die Entscheidung über die

Gedenktafel verstorbener Mitglieder

Bielefeld. Robert Dittmer, M., 37 Jahre alt.
Crimmitschau. (Leubnitz.) August Martin, Hilfsarbeiter, 78 J. alt.
Danzig. Michael Janischewski, Maurer, 52 Jahre alt.
Friedrich Möller, M., 28 J. alt.
Döbeln. (Choren.) Oskar Frankenstein, Maurer, 66 Jahre alt.
(Leisnig.) Kurt Schumann, M., 21 Jahre alt.
Dresden. (Wilthen.) August Eiseit, Maurer, 67 Jahre alt.
Robert Mehlig, Glaser, 65 J. alt. (Eisenberg-Moritzburg.) Hermann Ramm, Maurer, 85 Jahre alt.
Essen. Johann Müller, Fliesenleger, 65 Jahre alt.
Josef Schur, Tiefbauarb., 42 J. alt.
Forst. Willi Schulz, Maurer, 22 J. alt.
Frankfurt a. M. Josef Baumrucker, Zementeur, 70 Jahre alt.
Adolf Reibeling, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt.
Hamm. (Werries.) August Plöger, Maurer, 64 Jahre alt.
Jatznick. Hans Laatsch, Maurer, 33 Jahre alt.
Karlsruhe. (Daxlanden.) Fridolin Pferrer, Hilfsarbeiter, 50 J. alt.
Karl Bösel, Zementarb., 66 J. alt.
Kassel. Konrad Henkes, Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt.
(Sand.) Wilhelm Henning, Putzer, 50 Jahre alt.
(Singlis.) Georg Otto, M., 49 J. alt.
Leipzig. Albin Bernstein, Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt.
Karl Fröhlich, Maurer, 67 J. alt.
Ehre ihrem Andenken!

(Schkenditz.) Karl Heinz, Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt.
Friedrich Henke, Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt.
(Nauhof.) August Werner, M., 64 Jahre alt.
Magdeburg. Julius Döhne, M., 82 Jahre alt.
Christian Schellhase, Maurer, 79 Jahre alt.
Otto Selchow, Offens., 72 J. alt. (Wolmirstedt.) Aug. Wischeropp, Maurer, 71 Jahre alt.
Mühlhausen i. Th. Ewald Griebach, Maurer, 75 Jahre alt.
München. Anton Gabler, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
Josef Geisler, Zementeur, 49 J. alt.
Mathias Kollnberger, Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt.
Karl Schmid, Hilfsarb., 25 J. alt.
Hans Vogl, Hilfsarbeiter, 48 J. alt.
Karl Werner, Hilfsarb., 60 J. alt.
Neuruppin. (Altruppin.) Otto Zehmke, Maurer, 41 Jahre alt.
Nürnberg. Andreas Beikert, M., 80 Jahre alt.
Oschatz. (Mügeln.) Max Erler, Töpfer, 48 Jahre alt.
Rüstringen-Wilhelmshaven. E. Kraft, Hilfsarb., 57 Jahre alt.
O. Rauhut, Hilfsarb., 55 Jahre alt.
Saarbrücken. Rudolf Wack, M., 59 Jahre alt.
Tuttingen. Leo Koch, Maurer, 51 Jahre alt.
Josef Weinmann, Gipser, 47 J. alt.
Ulm. Georg Drechsler, Bauhilfsarbeiter, 48 Jahre alt.

Nervenleiden

nerwige Götter, laßliche Kopfschmerzen und Migräne werden wirksam bekämpft durch den faulbestand bewährten und selbstbestimmten **Veronal-Präparat Nr. 88**, welcher das ganze Nervensystem kräftigt und beruhigt, gelindert Götter bringt und die Dent- und Wechseltätigkeit erschließt. Die Wirkstoffe (aus dem feinsten Opium) sind nur noch 2,50, Aufzählung mit 6 Tafeln 2,50, 14.— mit 10 Tafeln 2,50, 22.—, ab drei Packungen 20.—, 300 (Böhmen). Gleich mit dem untere Schreiter, Putzer, Arbeiter, Kopflein, Dracocin, Stoff Nervenleidenfort kann auch Nervenleiden zum gleichen Preise gelindert werden. Aufführungsbroschüre über die Bekämpfung ist aller Anstalten kostenlos.

Wasserwagen von best. Eisenblech, selbstschreibend, leicht, stabil, 100 Liter, 1,10 1,30 1,75 Mk., 2,50 Mk., halbesche 3.— Mk., 4.— Mk., bessere 5.— Mk., 6.— Mk., dann weiche 7.— u. 8.— Mk., beste Sorte 10.— u. 12.— Mk., weißes geschlissenes Kupferblech 6,50 u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk., Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei! Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sackel, Lohes Nr. 9, bei Pilsen. (Böhmen.)

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutgefüllte Qualitäten. 1 Pfd. graue, gute, geschlissene 50 Pf., bessere 80 Pf., halbweiße, faunige 1.— Mk., weiße, faunige, geschlissene 1,50, 1,50 2,50 Mk.; feinstes Herrschafts-Daunenfedern 3.—, 4.—, 5.— Mk.; Graue Halbdunen 1,75 Mk., halbweiße Dunen 3.— und 5.— Mk.; weiße 6.— Mk. Rupfedern halbweiß 1,25 Mk., weiß 1,95 Mk., allerfeinstes Flaumruß 2,25, 3,25 Mk. Versand zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos. S. Bönisch in Prag XII., Americká ulice Nr. 33 Böhmen

Wissen ist Macht!

Jedes Mitglied der Arbeiterbewegung sollte die wichtigsten Fortschritte u. Neuentdeckungen in der Arbeiterbewegung verfolgen, wenn sein Wissen zur Macht werden soll. Stillstand ist Rücksicht! Und jeder von euch will vorwärts. — Darum abonnier!

Das Bauwerk

Monatlich ein Heft, 24 Textseiten mit zahlreichem Bildmaterial. Bezugspreis für Mitglieder des Deutschen Bau- u. Gewerkschaftsbundes vierteljährlich 1,50 Mk. Bestellungen nehmen die Vorstände der Baugewerkschaften u. die Bezirkskassentoren entgegen.

Das Blatt der werktätigen Bastler und Hörer ist der

„Volksfunk“

Erscheint wöchentlich am Freitag, 48 Seiten stark in Kupfertiefdruck.

Bezugspreis 96 Pfennig im Monat

andere Manuskripte erfolgt bis spätestens Ende Juni 1934. Die Büchergröße Gutenberg bietet um besondere Beachtung. Es sind andere als zeitgenössische Romane der oben näher bezeichneten Art für den Wettbewerb nicht in Betracht kommen. Die Büchergröße Gutenberg wird natürlich nach wie vor alle eingehenden Werke auch Übersetzungen, unverbindlich geprüft. Die Teilnahme am Wettbewerb stellt jedermann frei. Gratuls-Sondergabe des „Wahren Jacob“, ein kleiner ebenso origineller wie wertvoller Gratuls-gabe bedeutet der „Wahre Jacob“, das Arbeiter-Witzblatt, sein Leser. Das Blatt öffnet mit Nr. 7 eine Sonderbeilage, die unter dem Sammel-titel „Satirisch-politische Bücherreihe des Wahren Jacob“ erschienene Werke der karikaturistischen Literatur bietet. Im Anfang macht das amtsanle Werk „Deutsche Kriegspostkarten“, ein Panoptikum des Kitzches und der Volksverderbung von Friedrich Wendel. Das Werk wird in je 10 Bogen den Nummern des „Wahren Jacob“ ohne Preisaufschlag beigelegt, es ist im Buchhandel nicht zu haben. Abnehmern des Blattes wird somit eine bibliophile Rareität geboten.

Die Wohnungsnot steigt weiter an. Die Zeitschrift „Bauen, Siedeln, Wohnen“ fordert in ihrer Nr. 4 vom 15. Februar, angesichts der Feststellung des Reichsregimentes Dr. Karl Wagner seinem Buch: „Dürfen wir noch bauen?“ so eine verstärkte Bautätigkeit, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Wirtschaft in Gang zu setzen und das deutsche Volk vor weiterer schwerer Schädigung zu bewahren. Es sei eine sittliche Pflicht, für die zunehmende Bevölkerung Wohnraum zu bauen und für die im tiefsten Elend lebenden Erwerbslosen Arbeit und damit wieder Lebensfreude zu schaffen. — Otto Rode weist im gleichen Heft der genannten Zeitschrift unter Verhüllungs-graphischer Darstellungen nach, daß bei Erbauung von 200 000 Wohnungen jährlich erst im Jahre 1940 die dringende Wohnungsnot behoben sein würde. Den Rückgang der Baukosten für Eigenheim im Jahre 1932 gegen das Jahr 1929 berechnet Rode auf 32,8 v. H., was gegenüber gleichzeitiger Steigerung der Baukosten eine Verminderung des jährlichen Aufwandes um 200 % verbürgt. Bei derart niedrigen Baukosten muß der zunehmenden Wohnungsnot durch verstärkte Bautätigkeit sofort begegnet werden.

„Das schöne Heim.“ Verlag F. Bruckmann München. Preis 1,45 Mk. Den Hauptinhalt des Februars bilden die Abbildungen einer großzügigen Wohnplatzanlage, die Professor Martin Eissner gestaltet hat. Die persönlichen Verhältnisse des Bauherrn haben dem Architekten die Werkstoffwahl eine Veränderung des jährlichen Aufwandes um 200 % verbürgt. Bei derart niedrigen Baukosten muß der zunehmenden Wohnungsnot durch verstärkte Bautätigkeit sofort begegnet werden.

„Das schöne Heim.“ Verlag F. Bruckmann München. Preis 1,45 Mk. Den Hauptinhalt des Februars bilden die Abbildungen einer großzügigen Wohnplatzanlage, die Professor Martin Eissner gestaltet hat. Die persönlichen Verhältnisse des Bauherrn haben dem Architekten die Werkstoffwahl eine Veränderung des jährlichen Aufwandes um 200 % verbürgt. Bei derart niedrigen Baukosten muß der zunehmenden Wohnungsnot durch verstärkte Bautätigkeit sofort begegnet werden.

Unfallverhütungskalender 1933. Herausgegeben von der Unfallverhütungsgesellschaft G. m. b. H. bei Verband der Berufsgenossenschaften, Berlin W. Köbenstraße 37. Einzelpreis 14.— das Stück. Der Kalender, der nimmlich im siebenten Jahre seiner Erscheinung entgegensteht, hat sich außerordentlich reichhaltig und wertvoll entwickelt. Die Abbildungen sind reichhaltig geworden. Die Ausgabe 1933 enthält neben einem Kalenderium eine Reihe Unfallverhütungsbilder, die in der ersten Hälfte des Jahres über Wesen und Aufbau der Berufsgenossenschaften und wiederum ein Preisausbreiten. Wir können den Kalender als wünschenswert empfehlen.

Wer das übersieht

der schadet sich nach meiner Überzeugung sehr!

1. **Weißes Hemdentuch**, 80 cm breit, ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.22**

2. **Weißes Hemdentuch**, 80 cm br., ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.25**

3. **Weißes Matotuch**, 80 cm br., ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.29**

4. **Hemdenflanel**, 80 cm breit, ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.26**

5. **Hemdenzeile**, 80 cm breit, ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.27**

6. **Angebleichtes Baumwolltuch**, 80 cm breit, ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.18**

7. **Angebleichtes Baumwolltuch**, 140 cm breit, ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.36**

8. **Stuhluch**, 140 cm breit, ohne Appretur, sorgfältig, nicht gefärbt, reine Götter, das Bestmögliche für den Preis. Preis 1,45 per Meter nur **-.75**

4400 Arbeiter und Angestellte in eigenen Fabriken und der Verbandsabteilung

Diese Preise sind sofort unguiltig, wenn dieses Inserat nicht mehr erscheint, aber wenn andere höhere Preise erscheinen, Verlangt erfolgt per Nachnahme von 10.— an; portofreie Lieferung von 20.— an.

Josef Witt, Weiden 54 (Opt.)